

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben im Landeshaushalt in NRW die größte Summe, die wir in diesem Haushalt jemals hatten. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass überall nur gespart wird. Das darf speziell im Gesundheitsbereich nicht der Fall sein.

(Beifall von der FDP)

Herr Schmitz, Sie haben gerade erzählt, dass Sie für die Krankenhäuser im Ministerium heute Nachmittag einen Scheck nach dem anderen ausstellen. Die Haushaltsplanung speziell in diesem Bereich steht aber doch auf ganz wackeligen Beinen. Während Sie die Bundesanteile in voller Höhe verbuchen und damit hohe Summen suggerieren, werden für den Landesanteil nur die aktuellen Ausgaben angesetzt.

(Thorsten Klute [SPD]: So ist das!)

Das ändert allerdings nichts daran, dass ein Landesanteil von 30 % bzw. ab 2030 von 50 % vereinbart ist und auch tatsächlich zu erbringen ist.

Damit werden Zahlungen in Milliardenhöhe in die Folgejahre verschoben und künftige Haushalte und somit auch künftige Landesregierungen nach der Wahl 2027 extrem belastet. Das ist keine seriöse Finanzplanung.

(Beifall von der FDP)

Aber auch sonst ist die Schwerpunktsetzung von Schwarz-Grün wenig überzeugend. Nach den 2024 und 2025 erfolgten Kürzungen ist ein Ausbau der Suchthilfe ganz dringend erforderlich. Die Zahl der Drogentoten liegt weiterhin auf einem extrem hohen Niveau, speziell bei uns in Nordrhein-Westfalen. Der Mischkonsum synthetischer Opioide wie Fentanyl hat zugenommen. Das Angebot von Kokain ist offenbar stark ausgeweitet, und der Konsum von Crack steigt leider weiterhin an. Ein Handlungsbedarf ist offenkundig.

Doch die Landesregierung reagiert allenfalls verhalten auf diese Suchtproblematik. Die zuletzt noch eingebrachte Erhöhung ist längst nicht ausreichend. Wir müssen vielmehr wieder auf ein Finanzierungsniveau wie 2023 zurückkehren, um wirkungsvolle Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Wir beantragen zusätzliche Mittel in diesem Bereich, um insbesondere neue Präventions- und Hilfsangebote für suchtkranke und suchtgefährdete Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige finanzieren zu können. Denn so sieht für die Freien Demokraten eine vorausschauende, eine gute Drogenpolitik aus.

(Beifall von der FDP)

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen wird in jeder Sonntagsrede beschworen. Im letzten Jahr war sie sogar Hauptthema der Landesgesundheitskonferenz. Sie soll Prozesse beschleunigen, vereinfachen

und an Bedarfen ausrichten. Vor allem aber soll mehr Zeit für die Arbeit am Menschen bleiben.

Trotz vieler Lippenbekenntnisse braucht es in diesem Bereich dringend neue und gesteigerte Schubkraft. Die Förderung des Virtuellen Krankenhauses ist ausgelaufen. Dieses Vorzeigeprojekt ist ohnehin nicht so durchgestartet, wie erhofft. Wir brauchen dringend weiterhin Innovationen und neue Ansätze zur Digitalisierung sowie zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen.

Dazu braucht es eine ausreichende Landesförderung und nicht nur ein kleines Schippchen obendrauf. Wir wollen daher die flächendeckende Umsetzung digitaler Anwendungen und Instrumente sowie Maßnahmen zur Absicherung von IT-Strukturen unterstützen.

Bei den nordrhein-westfälischen Pflegeschulen erinnert das Verhalten der Landesregierung schon wieder an diesen Taschenspielertrick: Da wurden die Investitionen letztes Jahr ordentlich gekürzt – um gut 4 Millionen Euro –, und jetzt feiert Schwarz-Grün sich dafür, dass der Ansatz wieder ein wenig erhöht worden ist. Aber man muss schon wirklich wegsehen wollen, um nicht zu bemerken, dass die ursprüngliche Fördersumme deutlich höher war.

Die erfolgten Kürzungen der Investitionsförderung für Pflegeschulen müssen vollständig und nicht nur teilweise zurückgenommen werden. Pflegeschulen brauchen ein attraktives Lernumfeld, um junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege zu gewinnen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dass wir junge Menschen brauchen, die in die Pflege gehen, dürfte doch hinlänglich bekannt sein.

(Beifall von der FDP)

Es ist eine Ausweitung der Förderkriterien erforderlich, um weitere Investitionen zu erleichtern. Wer den Mangel an Pflegekräften kritisiert und bekämpfen will, der darf bei den Pflegeschulen in diesem Land nicht mit halber Kraft fahren.

(Beifall von der FDP)

Es wird Zeit, dass auch im Gesundheitsbereich die Prioritäten wieder richtig gesetzt werden. Stimmen Sie daher unseren Haushaltsanträgen zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Danke, Frau Schneider. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht ihre Abgeordnete Frau Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute Morgen über Geld im Gesundheitswesen – und auch

darüber, dass die sprichwörtliche Decke zu kurz ist. Ja, das stimmt, aber lassen Sie mich provokativ starten: Diese Decke könnte eigentlich für alle reichen. Denn die gesamten Gesundheitsausgaben in NRW liegen bei jährlich 110 Milliarden Euro. Deutschland liegt bei den Gesundheitsausgaben europaweit auf Platz 1.

Trotzdem liegt unsere Lebenserwartung unter dem Niveau vieler europäischer Nachbarn. Warum ist das so? Die Wissenschaft ist sich einig: Wir brauchen mehr Investitionen in Gesundheitsförderung, in Prävention und in niedrigschwellige Angebote.

Genau hier setzen wir mit diesem Haushalt ganz stark an. Wir stärken Prävention und Gesundheitsförderung. Wir machen uns insbesondere für Kinder und Jugendliche stark. Denn der Start in ein langes, gesundes Leben beginnt in Familien, in Kitas, in Schulen und in Quartieren.

Hier haben wir bereits sehr viele und sehr gute, qualitätsgesicherte Angebote. Darauf wollen wir aufbauen. Wir wollen auf Bewährtem aufbauen. Wir stärken lokale Präventionsnetzwerke und stellen dafür 2 Millionen Euro bereit, damit unsere Städte und Gemeinden Gesundheitsförderung nachhaltig verankern und Strukturen aufbauen können.

Klar ist: Diese gesundheitsfördernden Maßnahmen müssen genau da ankommen, wo der Bedarf am größten ist, nämlich bei Familien mit besonderen Herausforderungen. Denn wir alle wissen: Armut macht krank, und Krankheit macht arm.

Zur Gesundheitsgerechtigkeit gehören auch die niedrigschwellige Versorgung und der Zugang zu niedrigschwelligen Angeboten. Dafür sind unsere Hausärztinnen und Hausärzte ganz zentral. Denn sie sind es, die die allermeisten Gesundheitsprobleme schon vor Ort lösen. Sie lotsen die Patientinnen und Patienten durch das komplexe System. Auch für die Prävention sind sie unverzichtbar.

Gerade in der älter werdenden Gesellschaft brauchen wir wohnortnahe Hausärztinnen und Hausärzte, besonders im ländlichen Raum. Deswegen haben wir das Hausarztaktionsprogramm in diesem Jahr noch einmal aufgestockt und fördern es mit insgesamt 3,5 Millionen Euro.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Frau Schneider, lassen Sie mich zum Thema „Prävention“ sagen: Wir stärken auch die Suchthilfe – in diesem Jahr mit einem Plus von 1,5 Millionen Euro.

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt: Digitalisierung. Funktionierende Digitalisierung auch im Gesundheitswesen bedeutet einen echten Mehrwert in unserer erschöpften Gesellschaft, zum Beispiel für Patientinnen und Patienten, die schnell und ohne Wartezeit Termine beim Arzt machen können, und für medizinisches Fachpersonal, das von lästiger

Bürokratie befreit wird. Wir stärken die Digitalisierung und die Entwicklung einer KI-Strategie im Gesundheitswesen zum Wohl aller und investieren im Jahr 2026 insgesamt 1,5 Millionen Euro in diesem Bereich. Das ist eine Menge.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der dritte Schwerpunkt, den ich nennen möchte, ist die zukunftsfähige Krankenhauslandschaft. Wir haben es schon gehört: Unsere Krankenhäuser stehen vor immensen finanziellen Herausforderungen. Wir investieren 2026 1,7 Milliarden Euro in die Modernisierung und Stabilisierung der Krankenhauslandschaft. Ja, Herr Klute, die Mittel kommen auch vom Bund. Aber es waren auch die Grünen, die den Weg für das Sondervermögen freigemacht haben

(Thorsten Klute [SPD]: Das stimmt! Ja, das stimmt!)

und die dafür gekämpft haben, dass das Sondervermögen für eine starke soziale Infrastruktur und auch für Klimaschutz eingesetzt wird.

(Beifall von den GRÜNEN, Lisa-Kristin Kapteinat [SPD], Thorsten Klute [SPD] und Kirsten Stich [SPD])

Zum Thema „Klimaschutz“: Natürlich müssen unsere Krankenhäuser auch klimaresilient werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgaben. Wir haben vereinbart, dass ein Drittel der Mittel aus Nordrhein-Westfalen für Klimafolgenanpassungen eingesetzt wird. Das sollte auch im Bund beim Transformationsfonds begleitend sein. Gesundheitsschutz und Klimaschutz gehören zusammen. Investitionen in Klimaresilienz sind nicht verhandelbar, denn die Folgekosten bei der Nichtbeachtung von Klimaschutz sind ungleich höher.

Die Haushaltsgespräche waren intensiv. Ich danke dem Ministerium und allen Teams, die daran mitgewirkt haben. Am Ende steht ein Haushalt mit klaren schwarz-grünen Schwerpunkten für ein nachhaltiges Gesundheitswesen, das Vorsorge stärkt, Innovation fördert und – das ist mir besonders wichtig – niemanden zurücklässt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer:

Vielen Dank, Frau Kollegin Thoms.